

Bezugspreis:

Einzelheft 1.20 M., monatl. 3.60 M., ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die abgedruckten Anzeigen ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 8. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Unruhen in Magdeburg.

Lebensmittellager geplündert. — Die Zitabelle gestürmt. — Versuchte Gefangenenerfreung.

Magdeburg, 8. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute vormittag fand auf dem Domplatz eine von etwa 8000 Personen besuchte Versammlung von Anhängern der Unabhängigen und Kommunisten statt, in der erklärt wurde, daß die Arbeiter so lange im Streik verharren wollen, bis Brandes freigelassen sei.

Magdeburg, 8. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Den hier anwesenden Regierungstruppen ist es gelungen, die Hauptgebäude zu sichern; jedoch konnten Lebensmittellieferungen im Hafengebiet nicht verhindert werden.

Landsberg in Berlin.

Wie wir erfahren, ist Minister Landsberg heute glücklich in Berlin eingetroffen.

Wie die „B. Z.“ erfährt, ist der kommandierende General in Magdeburg, von Kleist, der gestern vormittag zugleich mit dem Minister Landsberg und einer Anzahl anderer Offiziere von Soldaten festgenommen worden war, gestern nachmittag wieder freigelassen worden.

Zur Magdeburger Revolte.

Eine Erklärung des Zentral-Soldatenrats des IV. A. A. Vom Zentral-Soldatenrat des 4. A. A. geht uns folgende Erklärung zu:

„Zur Wehrung des W. T. B. Berlin vom 4. d. M. über geplante Militärrevolte im Bereiche des 4. A. A. fühlt sich der Zentral-Soldatenrat 4. A. A. veranlaßt, das Nachstehende zur Klärung des Sachverhalts auszusprechen.“

Vom Vollzugsausdruck des 21. A. A. wurde uns am 1. d. M. mitgeteilt, daß Verfügungen vorhanden seien, die die Auflösung des 21. A. A. anordnen, und zwar in der Art, daß sämtliche Unteroffiziere und Mannschaften, die nicht bereit seien, in die Freiwilligenformationen oder Reichswehr überzutreten, zu entlassen seien; die Offiziere dagegen seien vorläufig zu beurlauben.

Die Erregung hierüber im 21. A. A., insbesondere bei den aktiven Unteroffizieren, war, wie bei einer am gleichen Tage in Magdeburg stattfindenden Versammlung der aktiven Unteroffiziere des 4., 16. und 21. A. A. festgestellt wurde, und die wir auch ganz gerechtfertigt fanden, sehr groß. Betont wird hierbei, daß die meisten der anwesenden der alten sozialdemokratischen Partei angehörten.

Anschließend hieran erfolgte auf Antrag des 21. A. A. eine Besprechung mit den Fraktionsvorständen der beiden sozialdemokratischen Parteien mit dem Ziele, eine Abklärung der reaktionären Offiziere herbeizuführen, um hierdurch die Regierung zu schützen, da unter den jetzigen Umständen und Führung nicht jeder Unteroffizier und Mann zum Eintritt in eine Freiwilligenformation bereit ist. Auch von den Reichswehrsozialisten wurde hierbei zugesagt, daß die reaktionären Offiziere sich von Tag zu Tag zu einer immer größeren Gefahr für die Regierung auszuwachsen; trotzdem verlief die Besprechung negativ.

Am 2. d. M. fand darauf eine Versammlung der Delegierten der Soldatenräte des 21., 16. und 4. A. A. statt, die auf Antrag des Zentral-Soldatenrats 4. A. A. zu folgender Entschlieung führte:

„Die heute in der Bürgerhalle zu Magdeburg versammelten Vertreter des 4., 16. und 21. Armeekorps sprechen familiären Offizieren — mit Ausnahme der Feldwebelutnanten und anderer aus dem Mannschafsstände hervorgegangenen Offiziere (nicht Einjährigern) — und Oberbeamten das Vertrauen ab und fordern die restlose Entlassung dieser Personen.“

Wir haben auf dem Standpunkt, daß durch das Anwachsen der Freiwilligenverbände, in deren Reihen häufig die von ihren alten Truppen abgetretenen Offiziere Aufnahme gefunden haben, sowie durch die Bildung der neuen Reichswehr, in der diese abgetretenen Offiziere ebenfalls ein Unterkommen finden, die Reaktion der Reichspartei in besorgniserregender Weise gefördert wird, während auf der andern Seite durch Entlassung der Mannschaften, durch die Auflösung der Volks- und Sicherheitswehren die Träger der Revolution mehr und mehr an Einfluß verlieren. Hierzu kommt noch, daß man das reaktionäre Bürger- und Bauerntum durch Bildung von sogenannten „Einwohnerwehren“ organisiert und bewaffnet, aber das Proletariat waffenlos läßt.

Arbeiter! Parteigenossen!

Kann liegen die Schreden der ersten Märzhälfte hinter uns und schon wieder wird von gewissenlosen und unverantwortlichen Kreisen in den Betrieben Groß-Berlins für einen neuen Generalkonferenz Stimmung gemacht, der gelegentlich der Tagung des Rätekongresses die deutsche Rätepublik proklamieren soll.

Das deutsche Volk befindet sich in einer Lage, in der nur angestrengteste Arbeit und die zu unserem Weiterleben notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel verschaffen kann. Die Unabhängigen und Kommunisten wünschen anscheinend nicht, daß das Volk Rohstoffe, Arbeitsgelegenheit und Lebensmittel erhält. Nur eine arbeitstote, hungernde, verzweifelte Arbeiterschaft bildet den geeigneten Boden für die terroristische Gewalttätigkeit kleiner Minderheiten und fanatischer Phrasenhelden, deshalb Streik im Kohlenbergbau, Störung des Eisenbahnverkehrs, Streik, Streik, Generalkonferenz, damit der wirtschaftliche Zusammenbruch als Voraussetzung der Gewalttätigkeit kommt.

Von der Regierung wird verlangt, daß sie sozialisieren und demokratisieren soll — schnell, sofort, überaus, Fortwährender Streik macht diese Arbeit unmöglich. Und wer will durch einen abermaligen Generalkonferenz die Verantwortung übernehmen, für die nach den letzten Erfahrungen untrennbar mit dem Generalkonferenz verbundenen Plünderungen, Morde und Verwundungen?

Arbeiter, Parteigenossen! Schützt euch und eure Familien. Streikt euch energisch in die Front gegen sinnlose Streikführer, lehnt jede Teilnahme entschieden ab. Arbeit und Renaufbau muß jetzt unsere Losung sein.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Groß-Berlin.

Durch alle diese Maßnahmen befürchten wir, wird die verantwortliche Regierung in falsche Bahnen gelenkt und das Volk niemals zur so nötigen Ruhe kommen.

Magdeburg, den 4. April 1919.

Die Delegierten der Soldatenräte des 4., 16. und 21. A. A.

Ein radikalerer Antrag wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Weiteres hat der Zentral-Soldatenrat 4. A. A. zu dieser Angelegenheit nicht zu sagen. Klarstellung wird der Presse übergeben werden.

Der Zentral-Soldatenrat 4. A. A. Regel. Wödel.

Es handelt sich danach um einen Konflikt zwischen dem Grundgesetz der Führerwahl und dem Ernennungsrecht der Regierung, an dessen Ausbruch die verschiedenartigen Verhältnisse auf diesem Gebiet mehr schuld zu tragen scheinen als die Mannschaften. Diese aber haben sich offenbar, wenn auch ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen, von spartakistischen Drahtziehern mißbrauchen lassen. Wohin die Fahrt gehen sollte, zeigt die mißglückte Gefangennahme des Reichsjustizministers Landsberg deutlich genug!

Die Lage im Ruhrrevier.

Aus Essen wird uns telegraphisch:

Der Streik hat gestern noch eine kleine Zunahme erfahren. Wegen Kohlenmangels werden mehrere Industriebezirke in den nächsten Tagen ihre Arbeit einstellen müssen. In Mülheim liegen auch das Gas- und Elektrizitätswerk still, so daß die Stadt kein Licht hat. Die Bestrebungen, auch das Wasserwerk stillzulegen, gehen weiter. Auch in Hamborn wollen morgen die Arbeiter des Gas- und Wasserwerks streiken. Es wird gehofft, daß wenigstens das Wasserwerk in Betrieb gehalten werden kann. Bei Krupp in Essen konnten auch heute infolge des starken Widerstandes der die Zugangsstraßen besetzenden Streikenden Tausende von Arbeitswilligen nicht den Zutritt zu den Werken erzwingen.

Keine Rossbandarbeiten in Mülheim.

Mülheim (Ruhr), 7. April. Die Streiklage hat sich außerordentlich verschärft, nachdem die Arbeiter der Firma Thyssen, der Friedrich-Wilhelmshütte und einer großen Reihe von Werbeten in einen Sympathiestreik für die Bergarbeiter eingetreten sind. Die Gas- und Elektrizitätswerke hörte heute nachmittag auf, so daß die Stadt ohne Licht ist; Theater und Kinos mußten geschlossen werden. Eine Vertreterversammlung sämtlicher Arbeiterorganisationen beschloß heute, die Rossbandarbeiten nicht mehr auszuführen, und proklamierte den Generalkonferenz. Man fordert die sofortige Entlassung aller politischen Gefangenen und die Auflösung des Freikorps Schultze.

Das bayerische Durcheinander.

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Der Präsident des bayerischen Rätekongresses, der Augsburger Volksschullehrer Niekisch, bisher Mitglied der alten sozialdemokratischen Partei, hatte sich dazu hergegeben, die Geschäfte der kommunistischen Kultusführer in München zu besorgen und die Frage der Proklamation der Räterepublik ins Rollen zu bringen. Die von Niekisch in Augsburg in Szene gesetzte Kundgebung nebst obligatemonstrationsstreik sollte den Auftakt bilden für die „Dritte Revolution“ in München. Die zweite hatte mit dem wohl vorbereiteten Attentat auf den Minister Auer begonnen, das auch ohne die von den Arranguren nicht vorausgesehene Ermordung Eisners durch einen vereinigten reaktionären Fanatiker erfolgt wäre. Diese „zweite Revolution“ wurde, wie bekannt, nicht im Sinne der Kommunisten und der bolschewistisch infizierten Gruppen der beiden sozialdemokratischen Parteien zu Ende geführt, sondern durch ein Kompromiß, das die Bildung einer aktionsfähigen neuen Regierung ermöglichen sollte, den Attentate auseinandergetriebenen Wegs zu einer kurzen Tagung gestattete, und die Eingliederung des Räteystems in die verfassungsmäßige Ordnung der Gewalt einleitete.

Schon beim Abschluß der Münchener Vereinbarungen mit den Vertretern der U. S. P. und des Bayerischen Bauernbundes konnte man voraussehen, daß es sich bestenfalls um einen Waffenstillstand handelte. Jede Vereinbarung mit der Landesparteilitung der U. S. P. in Bayern wurde schon dadurch praktisch unwirksam, daß die Münchener Lokalorganisation der „Unabhängigen“ den jähenhaften Trennungsschritt nach links demonstrativ wegwich und offen das Bündnis mit der Kommunistenpartei proklamierte. Auch im Bayerischen Bauernbund tritt der Gegensatz heterogener Elemente immer klarer zutage: Eisenberger (und die rechtsstehenden „Führer“ natürlich erst recht!) betonen scharf ihre Abneigung gegen das Projekt der Räterepublik, während die „revolutionäre“, Scheinradikale Gandorfer-Clique von Anfang an mit den radikalsten Unabhängigen geliebäugelt hat und wohl ohne weiteres bereit wäre, den Unfug der Räterepublik mitzumachen.

Der Münchener Zentralrat hat in den letzten Wochen deutlich gezeigt, wie schwer es ihm fiel, die Macht an die nunmehrige reguläre Regierung abzutreten. Es sei nur daran erinnert, wie er das neue Ministerium noch rasch vor dessen Konstituierung in der Sozialisierungsfrage festzulegen suchte. Auf das Angebot an Sachsen ist ja freilich eine sehr referenzierte Antwort eingegangen. Aber in dem stillen Kampfe, der in München in den letzten Wochen zwischen der Mehrheit des Ministeriums und dem von Niekisch formell geleiteten, von Landauer, Mühsam und Konforten beeinflussten Zentralrat ausgefochten wurde, hat die Minderheit im Ministerium, repräsentiert durch den als Vertreter der Unabhängigen in das neugegründete Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingezogenen Josef Simon, es durchzusetzen gewußt, daß dem Wiener Experimental-Sozialisierungsminister Dr. Neurath die Leitung eines neuen Zentralwirtschaftsamtes übertragen wurde. Ueber Stellung und Kompetenzen Neuraths herrscht noch durchaus keine Klarheit.

Die lokale Durchführung der mit dem Landtag getroffenen Abmachungen, die sich der Ministerpräsident Hoffmann angelegen sein ließ, geht dem Zentralrat wider den Strich. Für die unentwegten Anhänger der „Diktatur des Proletariats“ (lies: Diktatur der Münchener Spartakistenführer) ist der Landtag erledigt; er ist am 21. Februar „davongelaufen“, er gilt als „Defektur“. Jeder Rätekongress würde natürlich auch auseinanderstieben, sobald unter die Mitglieder geschossen würde. Aber das ist Nebensache; es gilt eben die Diskreditierung des Landtags. Wäre die Landtagswahl im Sinne der falschen Eisnerischen Prophezeiung, daß „95 Prozent der Bevölkerung“ hinter den Unabhängigen ständen, ausgefallen, dann wäre selbstverständlich jetzt der Landtag die richtige Vertretung des Volkes, und die enttäuschten Unabhängigen würden nicht im Traum an die Räterepublik denken. Den Landtag völlig und dauernd auszuschalten, ist das ausgesprochene Ziel.

Den Münchener Kommunisten ist die Veteiligung der Unabhängigen und eines Teiles der dortigen Mehrheitssozialdemokraten, die es aus den berühmten Gründen für angezeigt halten, mit den Wölfen zu hassen, nicht einmal recht; sie wollen die Räterepublik allein machen. Levin erklärt sich gegen jedes Kompromiß mit den Rätefanatikern der beiden sozialdemokratischen Parteien und verächtigt diese Leute sogar gegenredend.

lutionärer Tendenzen! Dank vom Hause Spartakus! Aber die noch nicht kommunistischen Räterepublikaner lassen nicht locker und wollen nicht bloß mittun, sondern womöglich vorangehen. Der Minister Simon hat sich völlig für das Neutraditionale Phantasma und für den bolschewistischen Zukunftsstaat engagiert, und Niekisch hat sich, wie gesagt, dafür bereitwillig lassen, in Augsburg das Signal zu geben. Die persönlichen Beweggründe bei Niekisch sind nur zu durchsichtig: er war durch die Wahl des Räteregierung während des Interregnums nach den Februarmorden einige Tage — Kultusminister und süßte sich schwer gekränkt, daß man ihn bei der Neubildung des Ministeriums nicht in diesem Amte belassen hat.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich an der Errichtung der bayerischen Sowjetregierung nur Splitter der sozialdemokratischen Partei beteiligt haben und auch die nur aus „taktischen Gründen“. Die Nachricht, daß ein alter, bewährter Genosse wie Segel in die Münchener Sowjetregierung eingetreten sein sollte, war von Anfang an unverständlich und hat sich erfreulicherweise nicht bestätigt. Die Sozialdemokratie Bayerns steht noch wie vor auf dem Standpunkt, daß nur durch Anwendung demokratischer Methoden für den Sozialismus etwas zu erreichen ist und lehnt die Nachahmung des russischen Vorbildes ab.

Mittlerweile hat sich gezeigt, daß der Münchener Gegenregierung jeder feste Boden unter den Füßen fehlt. Sie sieht sich ausschließlich aus Unabhängigen zusammen, die somit allein die Verantwortung für dieses Experiment zu tragen haben. Die Unabhängigen haben in Bayern und selbst in München bekanntlich so gut wie keinen Anhang. Bei den Landtagswahlen vom 10. Januar erhielten in München von 308 000 abgegebenen Stimmen die Unabhängigen ganze 16 050, das heißt kaum ein Zwanzigstel der Bevölkerung hat sich für die Unabhängigen erklärt! Selbst die Kommunisten erkennen die Tollheit dieses Unternehmens und lehnen die Beteiligung ab. Wenn es der neuen Regierung nicht gelingt, sich durch eine allgemeine bayerische Volksabstimmung, die natürlich in vollster Freiheit zu erfolgen hat, in ihren Rechten bestätigen zu lassen, so ist und bleibt sie nichts anderes als eine Abenteuerbande, die sich mit Gewalt der Herrschaft bemächtigt hat.

Die „Freiheit“ stellt wie gewöhnlich die Dinge auf den Kopf, wenn sie sagt, die Regierung Hoffmann könne „nur noch mit Maschinengewehren und Handgranaten“ regieren. Die Maschinengewehre sind von den Anhängern der „Freiheit“ in München aufgeführt worden, um durch Drohung mit Mord den Zusammentritt der von ihnen mit Schüssen auseinandergejagten Volksvertretung zu verhindern. Die unabhängige Münchener „Regierung“ stützt sich auf das Standrecht, auf nichts als das Standrecht, weil sie das bayerische Volk nicht hinter sich hat. Das Recht aber ist bei der Regierung Hoffmann, die auf dem allen sozialdemokratischen Standpunkt steht: alles für das Volk, alles durch das Volk.

Wenn eine vom Volk bestätigte Regierung sich gegen gewalttätigen Umsturz zur Wehr setzt, kömmt die „Freiheit“ über Gewalt. Wenn sich eine Minderheit der Herrschaft gewalttätig bemächtigt, nennt sie das „eine friedliche Bewegung, die die Gewalt verabschieht“. Der Volk Bayern wird zeigen, daß eine Minderheitsregierung, die nur mit dem Standrecht regiert, unhaltbar ist!

## Eine Kundgebung der Bamberger Regierung.

Die Regierung des Freistaates Bayern erläßt folgende Kundgebung an die bayerische Beamtenschaft:

Die Nachricht, daß die sozialistische Regierung des Ministerpräsidenten Hoffmann zurückgetreten sei, ist un wahr. Der vom bayerischen Landtag einstimmig gewählte Ministerpräsident Hoffmann hat den Sitz der Regierung heute nach Bamberg verlegt. Diese Regierung ist die einzige Inhaberin der höchsten Gewalt Bayerns: Nur ihre Anordnungen und Befehle sind zu vollziehen. Alle von anderer Seite ergehenden Anweisungen sind ungültig.

Die Regierung des Freistaates Bayern.  
Hoffmann, Ministerpräsident.

München, 7. April. Der Zentralrat hat im Verein mit dem revolutionären Bankrat verfügt, daß die Banken und Bankgeschäfte von ganz Bayern für den Verkehr mit dem Publikum vom 8. April ab wieder internen Reorganisation den ganzen Tag über geschlossen bleiben.

## Die mittelfränkischen Bauernräte gegen die Räterepublik.

Nürnberg, 8. April. Die mittelfränkischen Bauernräte haben in einer gestrigen Sitzung ihres Vollzugsausschusses erklärt: Die Bauernräte Mittelfrankens unterstützen die Regierung Hoffmann mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und lehnen die Räterepublik nach wie vor entschieden ab. Ebenfalls ablehnend hat sich eine hier stattgehabte Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte des Bereichs des 3. bayerischen Armeekorps ausgesprochen, welche mit 133 gegen 70 Stimmen die Räterepublik abgelehnt hat.

Neustadt a. d. Saale, 8. April. Gestern nachmittag fand hier unter freiem Himmel eine gewaltige Volkskundgebung statt, an der Arbeiter, Bürger und Bauern, Frauen und Männer aller Stände teilnahmen. Redner aus allen Parteien sprachen sich ergebnislos gegen die Herrschaft der Münchener Räterepublik aus und verlangten sofortige Tagung des Landtags. Den Forderungen der Redner wurde durch Handaufhebung einmütig unter jubelndem Beifall zugestimmt.

## Belagerungszustand in Nürnberg.

### Zustimmungen zur Räterepublik.

Nürnberg, 8. April. Durch Plakatschlag wurde heute früh die Verhängung des Kriegszustandes über die hiesige Stadt bekanntgegeben. Um 11 und 5 Uhr ist das Betreten der Straße untersagt.

Schweinfurt, 8. April. Die Stadt hat sich der Räterepublik angeschlossen.

Oschatz, 8. April. Hier ist gestern die Räterepublik ausgerufen worden.

Nürnberg, 8. April. Eine von der sozialdemokratischen Partei, dem Gewerkschaftsrat und der Unabhängigen Partei zu gestern abend berufene Massenversammlung hat sich nach einigen Ansprüchen einstimmig für die Räterepublik ausgesprochen.

Der 1. Mai Nationalfesttag. Von berufener Stelle wird dem B. L. A. mitgeteilt: Das Kabinett hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, der Nationalversammlung einen Geschenkbrief vorzulegen, wonach der 1. Mai zum Nationalfesttag erklärt werden soll.

## Das Spiel mit dem Feuer.

### Ausnutzung der Kriegsbeschädigten zu putschistischen Zwecken.

Ein laubterer Plan ist, wie uns von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt wird, anlässlich der Tagung des Räteregierung in den Köpfen einiger radikaler Drahtzieher entstanden. Auf der Suche nach einem zugkräftigen Anlaß für den demnächst fälligen Generalfreistreich ist man auf die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der gefallenen Kriegsteilnehmer verfallen. Sie sollen ohne ihr Wissen die Stummkolonne bilden, um die mangelnde Begeisterung der Arbeiterschaft für Generalfreistreich zu erzwingen. Und doch denkt man sich so: Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der Gefallenen sollen zu einer Demonstration aufgerufen werden, um der Regierung wirtschaftliche Forderungen dieser gewiß nicht auf Rosen gebetteten Volksgenossen zu unterbreiten. Man rechnet mit der Ablehnung der Forderungen durch die Regierung und will dann dafür sorgen, daß die Demonstranten nun für die Vereitelung dieser Regierung auf der Straße und vor der Reichskasse demonstrieren. Hierbei — so spekulieren die den Draht ziehenden Ehrenmänner — wird es zu Konflikten mit den Truppen kommen, und so ist die Stimmung für den Generalfreistreich geschaffen. Unter dem Feldgeschrei: Fort mit der Regierung, die mit Gewalt gegen die Krüppel, Witwen und Waisen vorgeht, schafft man, so spekulieren die Schieber, die Grundlagen für einen in weiten Kreisen populären Generalfreistreich.

Wir geben diesen infamen Plan, der uns von den verschiedensten Seiten gemeldet wird, mit allem Vorbehalt wieder, obgleich wir wissen, daß manchem „Volkstreue“ jedes Mittel, im Trüben zu fischen, recht ist.

Von zuständiger Seite wird uns dazu mitgeteilt:

Gegen alle solche Versuche wird mit größtem Nachdruck Stellung genommen werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß morgen früh für die erforderliche Sicherung der inneren Stadtteile unbedingt Sorge getragen werden wird. Demonstrationen, die den Zweck haben, in die Wilhelmstraße und die Regierungsgebäude zu gelangen, haben keinerlei Aussicht auf freie Passage. Wer wirklich von dem ehrlichen Wunsch erfüllt ist, der Berliner Bevölkerung neue schwere Stunden oder gar Tage zu ersparen, muß darauf bedacht sein, daß den Anordnungen des Oberkommandierenden, wonach Straßen von Demonstrationen freizuhalten sind, unbedingt nachgekommen wird.

## Der hamsternde Regierungsrat.

### Wozu Schulprüfungen gut sind.

Aus einem ostpreussischen Dorf wird uns geschrieben: Jüngst wurden Landleute, die zu Markt nach Ortelburg gekommen waren, einer scharfen Kontrolle unterzogen, ob sie Butter und Eier zu Schleichhandelszwecken bei sich führten. Wehe denen, die dabei gefaßt wurden! Als aber um dieselbe Zeit der Regierungsrat Siebert aus Allenstein mit zwei anderen Kommissionsmitgliedern zur Prüfung des zweiten Lehrers in eine Schule kam, bestimmte er vor Beginn der Prüfung den ersten Lehrer, durch dessen Frau ihm Butter und Eier aufzukaufen. Der Erfolg bestand in zwei Pfund Butter und 40 Eiern, die der Herr Regierungsrat gnädigst mit 5 M. für das Pfund bzw. 30 Pf. für das Stübchen bezahlte. Ein Lehrer, der seinerzeit einem unbilligen Ansinnen des Herrn Siebert entgegengetreten ist, wurde in auffälliger Weise bald darauf durch denselben Herrn Regierungsrat auf eine Stelle verschifft, wo die Fische einander „gute Nacht“ sagen. Begründung: Er — nämlich der Lehrer! — hätte in der schmerzlichen Zeit des Weltkrieges selbstfällige Interessen verfolgt. Dem Herrn Regierungsrat scheinen selbstfällige Interessen nur bei anderen zu mißfallen.

Was sagt der Herr Minister dazu?

## Bela Khun über das Prinzip des Kommunismus.

Aus Budapest wird dem Holländischen Newsbüro am 7. April gemeldet: In einer sozialdemokratischen Volksversammlung erklärte der Präsident der ungarischen Räterepublik, die Umgestaltung der Politik des Staates bestehe in der Beseitigung des Systems des Privateigentums und im Ausbau des Prinzips des Kommunismus, wobei die kleinen Vermögen, das kleine Kapital, die kleinen Betriebe und die kleinen Familienhäuser unberührt bleiben. Dadurch werde der Krieg nicht nur in ganz Ungarn, sondern in der ganzen Welt unumgänglich gemacht. Die großen Banken, Aktiengesellschaften, Fabriken, der Großgrundbesitz, das alles werde Gemeingut, aus dem die Arbeitenden Vorteil ziehen sollten. Wer andere ausbeutet, fuhr der Präsident fort, und von der Arbeit anderer lebt, hat kein Recht in diesem Lande. Aber auch diese Leute werden in die Gesellschaft der Arbeitenden aufgenommen, wenn sie selbst arbeiten wollen und die Ausbeutung für immer aufhören. Die neue Staatsordnung wurde nicht durch die Proletarier geschaffen, sondern durch die ausbeutende herrschende Klasse, die sich für den Krieg begeistert und daraus Nutzen zog.

## Zweiter deutscher Räteregierung.

Berlin, den 8. April 1919.

Der zweite deutsche Räteregierung wurde heute (Dienstag) vormittag in Sitzungssaal des Herrenhauses von dem Vorsitzenden des Zentralrats

### Leinert

eröffnet. An seinen einleitenden Worten hob er die Ereignisse hervor, die sich nach dem ersten Räteregierung abgespielt haben. Der erste Räteregierung hat sich für die Rationalisierung entschieden, und wir wollen hoffen, daß sich alle Erwartungen erfüllen, die auf die Rationalisierungsaktion gesetzt werden. Jetzt steht der Friede in Aussicht. Die Feinde wollen und unterdrücken; aber wir wollen nicht das Objekt imperialistischer Gier fremder Völker werden (Aukommuna). Wir erheben Anspruch auf Gleichberechtigung in der Völkergemeinschaft. Die Revolution ist nicht gemacht worden, damit unter Volk nur den Unterdrückten wechself. (Schwer rüstlich) Schwere Verbannungen sind uns schon auferlegt, sie gehen schon bis an die Grenze des Ertragslichen. Wir sind kein Herrenvolk, aber auch kein Volk von Sklaven für fremde Interessen. (Aukommuna). Der militärische Sieg über Deutschland ist anderen Völkern nicht das Recht, gegen das deutsche Volk eine Expansionspolitik zu treiben. Das möge sich die Entente auch vom Räteregierung besagen lassen. Aber auch

### schwere innere Kämpfe

loben in unserem Lande. An die Stelle der geistigen Waffen ist das Maschinengewehr getreten. Überall sind Streiks und Gewalt

an der Tagesordnung. Die Mehrheit wird von einer gemäßigten Minderheit unterdrückt. (Widerpruch.) Eine nervöse Atmosphäre ist dadurch geschaffen. Es besteht keine Ängst mehr vor der Ueberzeugung anderer. Öffentlich bringt der Kongress die Grundzüge der Menschlichkeit zur Geltung. Deutschland führt in den Abgrund, wenn die Vernunft nicht siegt. (Beifall.)

Hoffmann-Wien übermittelte die Grüße der österreichischen Räte und feiert der Räteregierung in Ungarn.

Kultusminister Haensch beauftragt den Kongress im Auftrage der preussischen Regierung. Die Räte haben in der Übergangszeit wertvolle Arbeit geleistet, trotz zahlreicher Uebergriffe und Fehler. Aber auch weiterhin sind die Räte noch nützlich. Die Barocke: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten ist ein Schlagwort. Wohl aber ist die preussische Regierung in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung fest entschlossen, den Räten auf den ihnen zukommenden Gebieten alle nur mögliche Arbeit zuzuwenden.

Zum Vorsitzenden des Kongresses wird Hanschild-Rosell gewählt, zu seinen Stellvertretern Richard Müller (H. So.) und Schröder-Rindsen (Soldatenfraktion). Außerdem werden acht Schriftführer gewählt. Der Kongress setzt sich zusammen aus 136 Reichstagsmitgliedern, 55 Unabhängigen, zu denen die 9 Oberländer kommen, 21 Soldaten, 12 Demokraten, 3 Bauern und je 1 Deutsche Volkspartei, Deutschnationalistische Volkspartei, Christliche Volkspartei, Kommunisten und Parteiloze. Von der Reichsregierung nehmen die Minister Bauer, Bissel und Robert Schmidt an den Verhandlungen teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragen die Unabhängigen die Abschaffung von Glückwunschtelegrammen nach Ungarn und Bayern.

Abg. Franz-Renscheid (H. So.): Wir müssen der bayerischen Räterepublik brüderliche Grüße senden und die Hoffnung aussprechen, daß es ihr gelingen möge, alle Widersprüche zu überwinden, damit der Umsturz in ganz Deutschland vollendet werde.

Abg. Hermann Müller (So.): Das können wir unmöglich annehmen, denn dann würden wir uns schon jetzt auf den reinen Anlegedanken festlegen.

Dr. Rosenfeld (H. So.): Müller erklärt, daß wir den Kongress auf das Räteregierung festlegen wollen. Wir bekennen uns offen zum Räteregierung. Sie müssen doch auch ein Obsequen des Räteregierung in Bayern anerkennen. Der Süddeutsche Gaugrat hat sich für die Räterepublik ausgesprochen. (Ruf aus der Versammlung: Das ist nicht wahr! Wir sind hier!)

Hügel (Dem.) erklärt, daß die demokratische Fraktion die Abschaffung der Telegramme ablehnen müsse. Eine Zustimmung zu der Abschaffung der Telegramme würde ein Abweichen von den demokratischen Prinzipien bedeuten.

Cohen-Reuch machte dann den Vorschlag, daß man das Telegramm an die ungarische Räterepublik abschenden möge, da es einen Gruß für das ungarische Proletariat bedeute.

An der Abstimmung wurde das Telegramm an die ungarische Räterepublik zur Abschendung angenommen. Dagegen wurde die Beschlußfassung über die Abschendung des Telegramms an Bayern veriangt.

Eine längere Debatte entfaltete der Antrag der H. S. P.:

„Der Räteregierung möge beschließen, daß seine Mitglieder immunität sind und Ledebour sofort aus der Haft zu entlassen ist.“

Den Antrag begründete Reichsanwalt Dr. Rosenfeld-Berlin. Er betonte, daß der Antrag eigentlich nur etwas Selbstverständliches verlange. Man möge zu dem Räteregierung stehen wie man wolle, jedenfalls werde man doch zugehen müssen, daß dem Kongress weitgehende Befugnisse zuteilen, wodurch es gerechtfertigt erscheine, daß seine Mitglieder das Recht der Immunität haben.

Der Redner der sozialistischen Mehrheitsfraktion gab die Erklärung ab, daß keine Parteigenossen dem Antrage nicht zustimmen könnten. Ledebour habe doch zweifellos den Versuch gemacht, die Regierung mit Gewalt zu stürzen. — Ein Redner der H. S. P. gab seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß unter Sozialdemokraten überhaupt eine Meinungsverschiedenheit in dieser Frage möglich sei. Ledebour habe sich um die Arbeiterbewegung so außerordentlich verdient gemacht, daß seine Haftentlassung geboten erscheine, um ihm so die Möglichkeit zu geben, an diesem Kongress teilzunehmen. (Beifall bei den H. S. P. und auf den Tribünen.) Die demokratische Fraktion ließ durch ihren Vorsitzenden Lehter Hügel-Berlin eine Erklärung abgeben, wonach die Demokraten den Räteregierung als ein aus revolutionärem Recht hervorgegangenes Parlament ansehen und daher für die Immunität der Mitglieder dieses Parlamentes stimmen werden. Die Immunität könne sich aber nur auf die Mitglieder des Kongresses und auf Handlungen beziehen, die sie während des Kongresses begangen haben. Auf Handlungen, die vor dem Kongress begangen sind, und unter das Strafgesetz fallen, könne sich die Immunität natürlich nicht erstrecken.

Für die Soldatenfraktion trat Delegierter Schaaf entschieden für den Antrag der H. S. P. ein, indem er noch darauf hinwies, daß einigen Mitgliedern seiner Fraktion wegen angeblicher Beteiligung bei der Militärrevolte des 4. 16. und 11. Armeekorps, über die ganz unglaubliche Meldungen verbreitet worden sind, die Verhaftung drohe.

Von der Fraktion der S. P. D. wurde nunmehr der Antrag gestellt, daß die Kongressmitglieder während der Tagung für die in ihrer Eigenschaft als Delegierte begangenen Handlungen oder gemachten Äußerungen des Immunitätsrecht genießen sollen.

Dieser Antrag erklärte ein Mitglied der Soldatenfraktion für seine Kammerabstimmung unannehmbar.

Geuer (H. So.) wies darauf hin, daß dieser ein Novum schaffe. Es sei geradezu unerhört, daß die Sozialdemokraten sich dazu hergeben, das Immunitätsrecht abzubauen zu wollen.

Hermann Müller vom Zentralrat beleuchtete zunächst die staatsrechtliche Seite der Frage. Der Räteregierung könne gar nicht die Immunität beschließen, sondern es bleibe ihm nur übrig, sich mit einem derartigen Antrage an die gesetzgebenden Körperschaften zu wenden. Es sei auch vollständig falsch, daß ein solches Immunitätsrecht in allen Verfassungen festgelegt sei. Das sei keineswegs der Fall; vielmehr sind sowohl in Frankreich und in England und namentlich auch im Sowjet-Rußland Parlamentsmitglieder, die sich im Gegensatz zur Regierung gestellt haben, verhaftet worden. Wenn gesagt worden sei, Ledebour habe sich nur einer politischen Handlung schuldig gemacht, indem er die Regierung habe stürzen wollen, so müsse man doch andererseits jeder Regierung das Recht zugestehen, gegen die vorzugehen, die sie stürzen wollen. Auch die neue bayerische Räteregierung habe ja bereits ihren Beschluß kundgetan, rüchlos gegen diejenigen vorzugehen, die die Räteregierung bekämpfen. Dem Räteregierung bleibe also nichts anderes übrig, als die Haftentlassung Ledebours zu beantragen. Nach seiner Ueberzeugung könne aber die Regierung in der gegenwärtigen Situation diesem Antrage nicht zustimmen. Für die ablehnende Haltung gegen den Antrag der H. S. P. sei in keiner Weise etwa die Furcht vor Ledebour, mit dem er jahrelang dasattiert habe, maßgebend.

Ein anderer Redner der sozialistischen Mehrheitsfraktion warf die Frage auf, was wohl die Unabhängigen getan hätten, wenn Ledebour Minister gewesen wäre und die Reichstagsfraktionen gegen ihn intrigiert hätten. Die Beschneidung dürfe auf keinen Fall die Jügel fallen lassen. Die Regierung allein könne darüber entscheiden, ob die Haftentlassung Ledebours im Interesse des Allgemeinwohl liege. Er persönlich halte es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht für angebracht, daß Ledebour freigelassen werde. (Lärm und Lurche bei den Unabhängigen.) Dann spricht Rosenfeld (H. S. P.) nochmals für die Haftentlassung.

Schließlich wurde der Antrag, Ledebours Entlassung zu fordern, mit 109 gegen 88 Stimmen angenommen.



